

Sparkassen Zeitung



www.sparkasse.at



Alternative zum Frankencredit
Die Erste Bank hat ein Angebot für den Kurswechsel aus dem Schweizer Franken erstellt.
>> Seite 3



Kommerzkredite noch immer positiv
Entgegen vielen Erwartungen wächst die Nachfrage nach Krediten für Unternehmen weiterhin.
>> Seite 4



EPU: Leidenschaft und Sachzwang
Ein-Personen-Unternehmen sind in Österreich auf dem Vormarsch.
>> Seite 6



Georg Fahrenschon,
Präsident des DSGV:
„Überlegungen, in
Europa ein einheitliches
Einlagensicherungs-
system zu schaffen, sind
für uns inakzeptabel.“

Finanzgruppe
Deutscher Sparkassen- und Giroverband

„Die Bankenunion wäre eine Fehlentwicklung“

Er war Finanzminister in Bayern und ist seit Mitte Mai dieses Jahres Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV): Georg Fahrenschon steht an der Spitze der deutschen Sparkassengruppe und nimmt im folgenden Interview sehr pointiert unter anderem zu den aktuellen Problemen der Staatsschuldenkrise, der EZB, der Bankenaufsicht und einer Bankenunion auf europäischer Ebene Stellung.

Sparkassenzeitung: *Deutschland gilt als Fels in der Brandung der gegenwärtigen Turbulenzen in der Europäischen Währungsunion. Wie sehen Sie in der aktuellen Situation die Position der deutschen Sparkassen? Haben sich Geschäftsmodell und Organisationsform bewährt?*
Fahrenschon: Deutschlands Stabilität und die aktuelle wirtschaftliche Stärke basieren auf seiner dezentralen Struktur und auf der Bedeutung der mittelständischen Unternehmen. Die Sparkassen als dezentrale Kreditinstitute haben eine Organisationsform, die perfekt dazu passt. Beides bedingt einander. In der Krise hat sich es sich bewährt, dezentral entscheiden zu können. So wurden nicht überall dieselben Fehler gemacht. Und niemand konnte auf internationale Finanzgeschäfte ausweichen, sondern musste

sich auf das reale Kundengeschäft vor Ort konzentrieren. Spätestens nach der Finanzkrise muss jedem klar sein, dass solche Strukturen wichtige systemimmanente Sicherungen gegen Finanzkrisen sind. Deshalb stellen wir fest, dass sich wieder viele Verantwortliche anderer europäischer Länder bei uns erkundigen, wie man solche dezentralen Strukturen wieder aufbauen kann. Der Zentralisierungs- und Größenwahn in der Finanzwirtschaft der letzten Jahre haben sich als historischer Irrtum herausgestellt.

Eine grundlegende Neuordnung der Bankenaufsicht auf europäischer Ebene ist in Diskussion. Die EZB soll mehr Kompetenzen bekommen. Wie ist Ihre Haltung zu diesem Themenkreis?

Über die einheitliche europäische Aufsicht sprechen wir doch vor allem, weil es einzelne Institute gibt, die für die Stabilität in ganz Europa eine Gefahr darstellen. Solche Institute müssen über die nationale Ebene hinaus beaufsichtigt werden. Das betrifft schätzungsweise rund 25 Banken in Europa und erfordert sicher nicht, der EZB die Aufsicht für rund 6200 Banken im Euro-Raum zu übertragen. Ich kann nicht erkennen, wie es die Systemstabilität erhöht, wenn sich statt der deutschen Bankenaufsicht eine europäische um eine deutsche oder österreichische Regionalbank kümmert. Man kann vielmehr den Eindruck gewinnen, es gehe darum, die europäische Bankenaufsicht so mit Routineaufgaben zu überlasten, dass sie keine Kapazitäten für die scharfe Aufsicht über

Meine Meinung



Nicht alles über einen Kamm

Die aktuelle Vertrauenskrise der Finanzmärkte ist auch das Ergebnis einer teilweise chaotischen Diskussion. Die Fiskalunion, die Bankenunion, der Ausbau der Bankenaufsicht, Basel III und Einlagensicherung, Insolvenzrecht für Banken oder Bankverschuldung, das alles wird teilweise in einem Amalgam an politischen Forderungen und technokratischer Expertensprache in der Öffentlichkeit erörtert. Die öffentliche Meinung ist damit heillos überfordert ...

Die Rückgewinnung von Vertrauen ist nur möglich, wenn die Menschen das Gefühl bekommen, das man die Probleme kompetent angeht. Dazu sind – eben um rechtzeitig zu differenzieren – einige Klarstellungen notwendig:

Die Staatsschuldenkrise ist keine Folge der Bankenkrise, sondern das Ergebnis der latenten Überforderung der öffentlichen Haushalte. Deshalb brauchen die Vereinbarungen der „Fiskalunion“ einen effizienten Kontrollmechanismus auf nationaler und auf europäischer Ebene.

Nur wenn Abweichungen von den vereinbarten Regeln frühzeitig mit Sanktionen belegt werden, werden auch die Märkte an die Abkehr vom ungezügelt Schuldenmachen glauben.

Bei den Vorgaben für künftiges Wohlverhalten der Banken wiederum ist zwischen den verschiedenen Geschäftsmodellen und der Marktbedeutung von Kreditinstituten zu unterscheiden. Es muss im Zuge der aktuellen Diskussion gelingen, eine klare Trennlinie zwischen den Retailbanken und den weltweit agierenden Investmentbanken zu ziehen. Zumal Letztere dem Casino-Banking noch immer nicht entsagt haben.

Es ist auch nicht einzusehen, warum die Einlagensicherung Gegenstand einer europäischen Bankenunion sein soll. Dabei handelt es sich um ein sehr sensibles Thema. In Österreich bieten die gegenwärtigen Regelungen die größtmögliche Sicherheit für die Sparer. Hier gibt es aus unserer Sicht keinen Handlungsbedarf. Hingegen brauchen wir ein europäisches Instrumentarium, das sicherstellt, dass in Schieflage geratene systemische Banken entweder saniert werden können oder dass mit diesen nach klaren Rechtsvorschriften verfahren wird.

Bei Basel III sowie bei den Reformen der europäischen Bankenaufsicht ist zu bedenken, dass rund 7.500 Banken in Europa nicht über einen Kamm geschoren werden dürfen. Es wäre Unfug, eine österreichische Sparkasse mit ihrem regionalen Einzugsbereich wie die Deutsche Bank zu behandeln. Das wäre nicht nur eine Überforderung der Aufsicht, es hätte auch fatale Folgen für die Funktion einer Regionalbank als wichtigen Partners für die regionale Wirtschaft. Gerade in der Konjunkturlaute brauchen wir doch jede noch so kleine unternehmerische Initiative aus dem Bereich der KMU, die Wachstum und Beschäftigung schafft. Alles andere wäre fahrlässig ...

Michael Ikrath
Generalsekretär des Sparkassenverbandes

Name und Anschrift:

SPARKASSEN NEWS

Große Ehrennadel für Heinrich Haasis

Der Österreichische Sparkassenverband hat den früheren Präsidenten des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Heinrich Haasis, für seine Verdienste um die Vertiefung der Beziehungen zwischen den beiden Verbänden die Große Sparkassen-Ehrennadel verliehen.



Generalsekretär Michael Ikrath und Präsident Christian Aichinger überreichen Heinrich Haasis (r.) die Große Ehrennadel.

Preis für bildende Kunst wird vergeben

Der Jubiläumsfonds der Dornbirner Sparkasse feiert heuer sein 20-jähriges Bestehen. Mit dem Fonds unterstützt die Sparkasse besondere Leistungen von Personen und Institutionen, die mit dem Bankinstitut, der Stadt Dornbirn bzw. Vorarlberg verbunden sind. Der Fonds mit seiner Gesamtdotierung von 25.000 Euro ist 2012 der Förderung bildender Kunst aus der Region gewidmet. „Urbaner Raum – dörfliche Idylle“ bildet die thematische Klammer.

„money meets wine“

Die traditionelle Sommerveranstaltung der Sparkasse Herzogenburg-Neulengbach stand ganz im Zeichen von Sommer- und Perlweinen aus dem Traisental. Fünf regionale Winzer präsentierten ausgezeichnete Tropfen und köstlichen Frizzante.

610.000 Euro für Integrationsprojekte

Die gemeinnützige ERSTE Stiftung vergibt im Juni 2013 den „ERSTE Foundation Award for Social Integration 2013“ (Preis für soziale Integration der ERSTE Stiftung 2013) und lädt bei der vierten Auflage dieser Aktion erstmals auch Sozialprojekte in Österreich zur Teilnahme ein. 33 Projekte werden ausgezeichnet. Dafür stehen insgesamt 610.000 Euro zur Verfügung. Der Preis wird in 13 Ländern Zentral- und Osteuropas ausgeschrieben. Die Einreichfrist endet am 11. November 2012.

Anmelden kann man sich über das Webportal des Bewerbs: www.socialintegration.org/register



Eines der im Vorjahr ausgezeichneten Projekte war die Bäckerei „CONCORDIA“ in Rumänien, die Straßenkindern die Ausbildung zum Bäcker oder Konditor ermöglicht.

die wirklich gefährlichen Institute mehr hat.

Könnte es aus Ihrer Sicht als Alternative eine europäische Bankenunion, ein gemeinsames Insolvenzrecht und möglicherweise auch eine einheitliche europäische Einlagensicherung geben?

Nein, die Bankenunion wäre eine ordnungs- und stabilitätspolitische Fehlentwicklung: Dahinter steckt ein Umverteilungsmechanismus, der die Soliden anzapft, damit die Unsoliden ihr Geschäftsmodell nicht grundlegend ändern müssen. Ein gemeinsamer europäischer Restrukturierungsfonds würde in Konkurrenz zu dem bereits aufgesetzten deutschen System treten. In einem der Subsidiarität verpflichteten Europa der Regionen liegt es doch viel näher, vergleichbare Systeme in den anderen EU-Ländern aufzubauen und auch dort auszufinanzieren. Absolut inakzeptabel schließlich sind für uns Überlegungen, in Europa ein einheitliches Einlagensicherungssystem zu schaffen. Dadurch würde das hohe Sicherungsniveau, das Sparkassen und Genossenschaftsbanken über ihre Institutssicherung bieten, erheblich beeinträchtigt. Es geht dabei offensichtlich nicht um optimalen Kundenschutz, sondern ausschließlich darum, die für unsere Kunden bestimmten Sicherungsmittel anderweitig einzusetzen. Das geht an die Grundfesten der deutschen Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Wir werden uns mit hohem Einsatz gemeinsam dagegen zur Wehr setzen, dass die Sicherheit der deutschen Spareinlagen vermindert oder auch nur unsere Sparer in ihrem Vertrauen erschüttert werden!

Wie ist Ihre Haltung in der Diskussion um die aktuellen Anleihekäufe der EZB, um das Zinsniveau für Länder, die sich auf den Kapitalmärkten derzeit kaum oder nur höchstverzinslich refinanzieren können, zu dämpfen?

Die Interventionen der EZB mögen in einer akuten Krisensituation richtig gewesen sein, dauerhaft sind sie nicht zur Krisenbewältigung geeignet. Im Gegenteil: Direkte und indirekte Staatsfinanzierungen durch EZB oder ESM widersprechen der Stabilitätskonzeption der Währungsunion. Öffentliche Haushalte und die Märkte gewöhnen sich daran. Je länger das dauert, desto schwieriger wird der Entzug.

Wie stehen die deutschen Sparkassen zum immer heftiger diskutierten Ausscheiden Griechenlands aus der Währungsunion?

Niemand kann heute voraussehen, welche Folgewirkungen ein Ausscheiden Griechenlands aus der Währungsunion hätte - für Griechenland selbst, aber auch für die anderen Länder der Währungsunion. Deshalb sollte es nicht mutwillig herbeigeführt oder herbeigeredet werden. Richtig ist aber auch: Griechenland hat es selbst in der Hand. Es muss die vereinbarten Maßnahmen konsequent und ohne Zeitver-



„In der Krise hat sich es sich bewährt, dezentral entscheiden zu können.“

zug umsetzen. Aufweichungen oder Aufschübe würden die Glaubwürdigkeit erneut beschädigen.

Was ist aus Ihrer Sicht zu tun, um die Vertrauenskrise in die Währungsunion insgesamt und in die Ernsthaftigkeit der Konsolidierungsbemühungen einzelner Länder zu überwinden?

Aus öffentlichen Äußerungen Verantwortlicher kann man teilweise den Eindruck gewinnen, die Zinsbelastungen seien das Hauptproblem einer Reihe von Euro-Saaten. Dieser Befund wird durch die Zahlen nicht gestützt: Sowohl der Anteil der Zinsen an den staatlichen Gesamtausgaben als auch die Durchschnittsverzinsung der heute diskutierten Euro-Saaten sind historisch niedrig. Das eigentliche Problem ist die überhöhte Staatsverschuldung. Deshalb muss wirksame Krisenpolitik auch beim Schuldenabbau ansetzen. Nun sollen mit dem Fiskalpakt übermäßige neue Schulden vermieden werden. Das allein reicht aber nicht aus. Denn unser Problem sind auch übermäßige alte Schulden. Ich möchte nicht, dass wir uns eines nicht fernen Tages in Europa zwischen Solidität und Solidarität entscheiden müssen. Deshalb rege ich an, sich mit der Konzeption eines Altschuldentilgungsfonds zu beschäftigen. Darin würden die Euroländer ihre über 60 Prozent des BIP hinausgehenden Altschulden einbringen und über gemeinsame Anleihen refinanzieren. Nach innen bliebe es bei der Haftung eines jeden Landes. Ein solches Konzept würde deutlich machen: Wir kehren gemeinsam zum Versprechen einer Stabilitätsunion mit höchstens 60 Prozent Staatsverschuldung zurück.

Was kann die kreditwirtschaftliche Kommunikationsarbeit diesbezüglich tun bzw. bewirken und welche Rolle können dabei die Sparkassenverbände in Deutschland oder Österreich spielen?

Wir haben es mit einer Vertrauenskrise zu tun. In einer solchen Phase ist es sehr wichtig, verlässlich zu handeln und genau zu erklären, was man warum tut. Die Sparkassen in ganz Europa haben dabei vor allem zwei große Aufgaben: Wir müssen erstens für wirksame Konsequenzen bei der Finanzmarktregulierung ein-

treten. Diejenigen Institute und diejenigen Produkte, die für Dritte oder die ganze Volkswirtschaft gefährlich sind, müssen eingeschränkt, im Ausnahmefall auch einmal ganz verboten werden. Und wir müssen dafür eintreten, dass die Bedeutung des Sparens, sowie der Vorsorge, nicht durch die ganzen Rettungsmaßnahmen ad absurdum geführt werden. Die Sparer dürfen weder durch eine laxen Geldpolitik noch durch Niedrigstzinsen auf Dauer schleichend enteignet werden. Hier sollten deutsche und österreichische Sparkassen gemeinsam öffentlich als Anwalt der Sparer auftreten.

Sie haben der Politik nach beeindruckender Karriere den Rücken gekehrt. Was waren Ihre Beweggründe und gibt es so etwas wie „politisches Heimweh“ bei Ihnen?

Nein, politisches Heimweh gibt es nicht. Wir fordern doch immer den personellen Austausch zwischen Politik und Wirtschaft, da darf man sich dann auch nicht wegducken, wenn ein entsprechendes Angebot vorliegt. Meine Arbeit als Politiker und Bayerischer Staatsminister hat mir sehr viel Freude bereitet. Gleiches gilt jetzt für die Aufgaben als DSGVO-Präsident und damit oberster Schutzherr der Sparer in Deutschland.

Wie sehen Sie die Position der österreichischen Sparkassen?

Es gibt große Ähnlichkeiten des Geschäftsmodells, auch österreichische Sparkassen sind dezentral organisiert und regional ausgerichtet. Enge Verbundenheit und mögliche Kooperationsansätze haben wir erst vor kurzem im diesjährigen Grundsatzgespräch beider Verbände (DSGV und Österreichischer Sparkassenverband) erneut untermauert. Es gibt eine breite Palette gemeinsamer Themen, von der gemeinsamen Positionierung auf europäischer Ebene bis hin zum möglichen Ausbau der bewährten Partnerschaft zwischen deutschen Sparkassen und der Erste Group bei der grenzüberschreitenden Begleitung von Firmenkunden.

Wie sieht Ihre persönliche Bilanz nach den ersten vier Monaten an der Spitze des DSGV aus?

Die wichtigste Erkenntnis war, dass es keine Schonzeit für einen Präsidenten gibt. Die Herausforderungen sind gewaltig und man muss sich ihnen von Beginn an stellen. Dabei haben mir meine guten Kontakte sicher geholfen. Und was das operative Sparkassengeschäft angeht, so bin ich bemüht, die einzelnen Institute, ihre Sorgen und Nöte, kennenzulernen. Ich glaube, dass wir eine hervorragend organisierte Finanzgruppe sind, die die Menschen vor Ort abholt und allen Kundengruppen attraktive Angebote zu fairen Preisen macht. Dahinter steht eine Philosophie, die nachhaltiges Wirtschaften in den Mittelpunkt ihrer Tätigkeit stellt. Wir haben gute Chancen, die über 200jährige Erfolgsgeschichte der Sparkassen noch sehr lange Zeit weiter zu schreiben. Dafür möchte ich meinen Beitrag leisten.

Frankenkredite: Attraktive Angebote zum Kurswechsel

Private Haushalte mit einem Kredit in Schweizer Franken stehen unter Druck. Der Mindestwechsellkurs gegenüber dem Euro, den die Schweizer Notenbank erklärt hat, ist nicht in Stein gemeißelt. Daher hat die Erste Bank ein neues Angebot für den Kurswechsel erstellt.



Peter Bosek:
„Wir unterbreiten ein sehr attraktives Angebot für den Kurswechsel zum Euro.“

Betroffen sind vom Aufwertungsdruck auf den Schweizer Franken alle Kreditnehmer, die in Franken verschuldet sind und nicht in Franken verdienen. Solche gibt es in den westlichen Bundesländern – vornehmlich in Vorarlberg – durchaus. Doch die meisten privaten Haushalte, die einen Frankenkredit zu bedienen haben – zumal wenn es sich um Endfälligkeit handelt –, sind nicht nur mit dem Höhenflug des Franken, sondern auch mit den Kursrisiken der Tilgungsträger konfrontiert.

„Fast jeder vierte Kredit ist ein Frankenkredit.“

Seit dem Herbst des Vorjahres rät die Erste Bank Kunden, die in Schweizer Franken verschuldet sind, zum Kurswechsel. Den Kreditnehmern wurde in Beratungsoffensiven der Wechsel vom schwankenden Frankenkredit zum fixverzinsten oder gedeckelten Euro-Kredit empfohlen.

Aufgrund individueller Beratungsgespräche haben bereits mehr als 2.500 Kunden den Weg aus der Fremdwährungsfinanzierung gewählt. Das entspricht einem Kreditvolumen von rund 400 Mio. Euro. Zusätzlich haben rund 1.500 Fremdwährungskreditnehmer die Umstellung vom endfälligen auf einen tilgenden Kredit vorgenommen (270 Mio. Euro), um dadurch die Risiken der Kredittilgungsträger hinsichtlich Performance zu verringern. Zusammen hat damit bereits ein Viertel aller Betroffenen reagiert.

Neues Offert zur Konvertierung
Aufgrund der aktuellen Zinssituation stellt die Erste Bank nun ein neues Angebot zur Konvertierung. Offeriert wird bei der laufenden Beratungsoffensive ein zehnjähriger garantierter fixer Zinssatz von 2,9 Prozent jährlich für einen tilgenden Euro-Kredit. Die Kreditumstellung ist kostenlos, und es fallen dabei keine Spesen oder Gebühren an. Neben der neuen Zinssituation ist es vor allem der Mindestwechsellkurs des Schweizer Franken, der sich bald verändern und damit nachteilig für Fremdwährungskreditnehmer wirken könnte. Denn die Verschärfung der Verschuldungskrise in der Eurozone könnte die Nachfrage nach Schweizer Franken als sichere Anlage auch in den kommenden Monaten enorm steigern. Dadurch wäre es für die Schweizerische Nationalbank (SNB) schwer, den Mindestwechsellkurs von 1,20 zu verteidigen. Dies wurde auch schon durch den SNB-Präsidenten

Thomas Jordan anlässlich eines Mediengesprächs in Bern im Juni dieses Jahres bestätigt. „Weitere Erschütterungen auf den Finanzmärkten“ könnten, so Jordan, „Auswirkungen auf die Durchsetzung des Mindestkurses“ haben.

Damit würde der Euro-Franken-Wechselkurs aller Voraussicht nach deutlich unter 1,20 notieren. „Daher sehen wir uns verpflichtet, auf das Risiko hinzuweisen und ein gutes Angebot zum Kurswechsel zu legen“, betonte Erste-Privat- und -Firmenkundenvorstand Peter Bosek bei der Vorstellung der neuen Konditionen bei Konvertierung. „Weiters rate ich jedem Kunden seinen Tilgungsträger regelmäßig zu überprüfen und über die Umstellung vom endfälligen auf einen tilgenden Kredit nachzudenken.“

In Österreich ist noch immer fast jeder vierte Privatkredit ein Frankenkredit. Insgesamt haftet hierzulande von Privatpersonen ein Volumen von etwa 34 Mrd. Euro in Schweizer Franken aus. In der Erste Bank haben noch rund 14.000 Privatpersonen einen Fremdwährungskredit mit einem aushaftenden Volumen von rund 2 Mrd. Euro. Das durchschnittlich aufgenommene Kreditvolumen pro Person lag umgerechnet bei rund 150.000 Euro. -üh-



Vom Aufwertungsdruck auf den Schweizer Franken betroffen sind Kreditnehmer, die in Franken verschuldet sind und nicht in Franken verdienen. Franken-Einkommen gibt es in den westlichen Bundesländern – vornehmlich in Vorarlberg – durchaus.

EINBLICK



Milan Frühbauer

Pessimisten drehen an der Krisenspirale

Schon Karl Farkas machte sich einst über diese Spezies lustig: Optimisten seien Menschen, die ein Kreuzworträtsel sofort mit dem Kugelschreiber ausfüllen. Hingegen seien Pessimisten meist Personen, die in ihrem Leben schon viel mit Optimisten zu tun gehabt hätten ...

So mancher Aphorismus wirkt verstaubt, aber die Frage ist aktuell: Man kann sich gegenwärtig des Eindrucks nicht mehr erwehren, Optimisten zählen derzeit auch hierzulande zu den „bedrohten Arten.“

Das gilt für die Bildungsdiskussion, für die Debatte über den Mangel an Politethik oder die Skepsis dem politischen System insgesamt gegenüber. Ob drohender Facharbeitermangel oder unabwendbares Ansteigen der Langzeitarbeitslosigkeit – fast jede Problemdiskussion beginnt mit kräftigen Molltönen.

Katerstimmung und Zukunftsängste

Die gar nicht so unerwartet heftige Staatsschuldenkrise, die zuerst die Finanzmärkte ordentlich gebeutelt hat und nunmehr auch die Realwirtschaft zu dämpfen droht, macht vielen deutlich, dass viele über ihre Verhältnisse gelebt haben. Katerstimmung und Zukunftsängste sind die Folge. Nur wer die Lebensumstände in anderen Ländern bzw. Kontinenten aus eigener Anschauung kennt, der weiß dieses „europäische Jammertal“, das sich derzeit durch viele gesellschaftspolitische Themenbereiche erstreckt, zu relativieren.

Internationale Befunde bescheinigen den Österreichern zwar noch immer ein hohes Maß an Zufriedenheit, aber just dieses werten die Pessimisten als Indiz für wachsenden Realitätsverlust. Vor allem die ökonomiefernen Eliten drehen jetzt kräftig an der Depressionsschraube. Man trägt wieder Sorgenfalten und Zukunftspessimismus. Es seien primär die Dominanz des Ökonomischen, die Leistungsgesinnung und das globale Wettbewerbsdenken, die uns in diese missliche Lage manövriert hätten. Mit kräf-

tiger Polemik gegen Wirtschaftsliberalismus, Wettbewerbswirtschaft und Leistungsgesinnung ist derzeit leicht zu punkten.

Vielen unter den Pessimisten für alle Lebenslagen ist leider nicht klar, dass die Mehrheit der anstehenden Probleme nur mit wirtschaftlicher Prosperität gelöst werden kann. Man mag es bedauern oder nicht: Die meisten Probleme der gesellschaftlichen Gegenwart haben eine handfeste ökonomische Implikation. Außer man verzichtet auf Wohlstandsniveaus, soziale Sicherheit und Lebensqualität. Doch wer will das schon?

Geht also den Optimisten die Munition aus? Gut, Österreich hat bei einem Ranking der Wettbewerbsfähigkeit seiner Wirtschaft um drei Plätze aufgeholt. Dem Weltwirtschaftsforum sei Dank. Das ist Balsam für die Seele. Aber sonst? Schön, die sommerliche Tourismussaison ist sehr gut gelaufen, aber wie wird das mit dem wahrlich teureren Skifahren im kommenden Winter? Es stimmt, wie haben die niedrigste Arbeitslosenzahl innerhalb der EU, aber die Zahl der Arbeitssuchenden steigt dennoch an.

Mehr Glaube an eigene Stärken

Nein, die Optimisten haben es derzeit wirklich nicht leicht. Dennoch muss es sie geben. Gleichsam als Bremse für die allgemeine Krisenspirale, an der jetzt heftig gedreht wird. Denn gerade in schwierigem Umfeld brauchen Wirtschaft wie Gesellschaft Menschen, die ihren Stärken vertrauen und ihre Kompetenzen dazu nutzen wollen, negative Trends umzukehren.

Jeremy Rifkin, anerkannter US-Ökonom und erfolgreicher Publizist, meinte vor kurzem in einem Zeitungsinterview sinngemäß, den Europäern gehe es insgesamt besser als den Amerikanern, gleichzeitig seien die Amerikaner aber wesentlich selbstbewusster als die Europäer, was den Glauben an das eigene Krisenmanagement betrifft. Gelegentlich sollte man US-Ökonomen auch glauben.

Milan Frühbauer ist Wirtschaftsjournalist. Der ehemalige Chefredakteur der Zeitschrift „industrie“ ist wirtschafts- und medienpolitischer Kommentator der Fachmedien des Manstein Verlags und Chefredakteur der Österreichischen Sparkassenzeitung.

SPARKASSEN NEWS

Fusion im Waldviertel abgeschlossen

Die Fusion der Sparkasse Waldviertel-Mitte Bank AG, Zwettl, und der Waldviertler Sparkasse von 1842 AG, Waidhofen/Thaya, ist abgeschlossen. Seit 4. September lautet der neue gemeinsame Firmenname „Waldviertler Sparkasse Bank AG“. Der Vorstand setzt sich aus Franz Pruckner, Gerhard Hufnagl und Ewald Höbarth zusammen. Der Aufsichtsrat wird von Gerhard Adamowitsch geleitet. Der rechtliche Sitz ist Zwettl. Zentrale Abteilungen bleiben an beiden Standorten bestehen.



Landeshauptmann Erwin Pröll gratuliert dem neuen Vorstand zur Fusion. Im Bild: Ewald Höbarth, Gerhard Hufnagl, LH Erwin Pröll und Franz Pruckner.

Noch mehr Unterstützung für Eishockey

Die Sparkassengruppe ist mit der regionalen Beteiligung in allen Bundesländern der stärkste Förderer des österreichischen Eishockeysports. Neu ist die Ausweitung des Ligasponsorings der Erste Bank auf die höchste Nachwuchsliga, die EBYSL. Kürzlich verlängerte auch die Steiermärkische Sparkasse die Laufzeit für das Sponsoring der Moser Medical Graz99ers.

Tiroler Sparkassen unterstützten Karwendelmarsch

Die Tiroler Sparkassen waren beim legendären Karwendelmarsch als Hauptsponsor mit dabei. Bei dem Gebirgsmarathon mussten 2.764 Höhenmeter und 52 Kilometer bewältigt werden. Mehr als 1.300 Teilnehmer kamen ins Ziel.

Lachen für einen guten Zweck

Die Sparkasse Eferding-Peuerbach-Waizenkirchen spendete insgesamt 3.000 Euro an die oberösterreichische Kinderkrebshilfe. Der Betrag stammt aus dem Kartenverkauf von zwei Kabarettabenden mit Gery Seidl, welche die Sparkasse veranstaltet hat. Der Eintrittspreis von 5 Euro pro Person kommt zur Gänze sozialen Projekten in der Region zugute. Heuer wird das Geld der oberösterreichischen Kinderkrebshilfe übergeben.



Die Vorstandsmitglieder Leopold Ecklmair und Michaela Schwinghammer-Hausleithner mit der Obfrau der OÖ Kinderkrebshilfe, Agnes Stark (Mitte)

Auch beim Kommerzkredit: Besser als der Euroraum

Die konjunkturelle Verunsicherung ist allenthalben spürbar. Doch entgegen vielen Erwartungen wächst die Kreditnachfrage: Österreich konnte sich auch im zweiten Quartal 2012 dem Trend fallender Wachstumsraten bei Unternehmenskrediten im Euroraum entziehen und wies mit 2,8 Prozent abermals einen Anstieg der Jahreswachstumsrate bei Krediten an Unternehmen aus. Die privaten Haushalte hingegen stehen auf der Kreditbremse.



Bei Unternehmenskrediten war in Österreich auch im zweiten Quartal dieses Jahres kein Abflachen des Wachstums zu erkennen.

Im gesamten Euroraum fiel das Kreditwachstum aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Situation in einigen Mitgliedsländern zum ersten Mal seit September 2010 mit -0,6 Prozent negativ aus. Das Wachstum bei Krediten an private Haushalte war im zweiten Quartal noch immer positiv, schwächte sich jedoch im Vergleich zu den Vorquartalen sowohl in Österreich mit 0,4 Prozent als auch im Euroraum mit 0,3 Prozent ab.

Das Wachstum kam bei privaten Haushalten in Österreich ausschließlich aus dem Euro-Kredit-Segment, während Fremdwährungskredite um 10,4 Prozent sanken. Die Konvertierungsaktionen der Banken greifen spürbar.

Österreich hebt sich vom Euroraum ab

Bei Unternehmenskrediten war in Österreich – anders als im Euroraum insgesamt – auch im zweiten Quartal dieses Jahres noch kein Abflachen des Kreditwachstums erkennbar. Seit Dezember 2009, wo mit -1,5 Prozent der Tiefpunkt in Österreich erreicht worden war, verbesserten sich die Wachstumsraten bei Unternehmenskrediten kontinuierlich und erreichten im zweiten Quartal 2012 2,8 Prozent.

Österreich konnte sich damit dem negativen Trend bei der Entwicklung von Unternehmenskrediten

im Euroraum entziehen. Aufgrund der schwierigen Situation in einigen Mitgliedsländern fiel das Jahreswachstum im Euroraum insgesamt mit -0,6 Prozent negativ aus (z. B. Spanien: -4,8 Prozent, Italien: -1,8 Prozent, Griechenland: -7,6 Prozent).

„Wachstum bei Kommerzkrediten ist aufrecht.“

Günstiges Zinsniveau wirkt sich positiv aus

Positiv auf die Entwicklung bei Unternehmenskrediten in Österreich dürfte sich jedenfalls das günstige Zinsniveau ausgewirkt haben. So konnten sich Unternehmen im Juni 2012 zu durchschnittlich 2,54 Prozent (bei Krediten bis 1 Mio. Euro) bzw. 1,93 Prozent (bei Krediten über 1 Mio. Euro) bei österreichischen Banken finanzieren.

Die positive Entwicklung bei Unternehmenskrediten in Österreich lässt sich auch anhand der Neugeschäftszahlen nachvollziehen. Mit einem Neugeschäftsvolumen von 20,1 Mrd. Euro – 5,3 Mrd. Euro davon mit mehr als sechs Monaten Laufzeit – wurden mehr Kredite als

im zweiten Quartal des Vorjahres vergeben.

Leichter Anstieg bei Krediten an private Haushalte

Der aushaftende Bestand des Volumens von Krediten an private Haushalte betrug im zweiten Quartal 2012 rund 138 Mrd. Euro. Im Vergleich zum Vorjahr kam es damit zu einer bereinigten Ausweitung des Kreditvolumens um 0,5 Mrd. Euro oder 0,4 Prozent. Das Wachstum bei Krediten an private Haushalte fiel damit sowohl in Österreich als auch im Euroraum (+0,3 Prozent) geringer aus als in den Vorquartalen.

Eine Ausweitung des Kreditvolumens an Private fand dabei ausschließlich im Euro-Kredit-Segment statt (Österreich +4,9 Prozent, Euroraum: +0,5 Prozent).

Weniger Fremdwährungskredite

Die Fremdwährungskredite sind hingegen aufgrund von Konvertierungsaktionen um 10,4 Prozent gesunken. Die Neukreditvergaben an private Haushalte entwickelten sich weiterhin sehr gut und lagen im zweiten Quartal mit 5,1 Mrd. Euro über den Vorjahreswerten von 4,8 Mrd. Euro.

Vor allem im Wohnbaubereich kam es im 2. Quartal mit insgesamt 2,7 Mrd. Euro zu mehr Neukreditvergaben. -üh-

CEE wächst stärker als die Eurozone

Auch die Länder Zentral- und Osteuropas können sich den aktuellen Konjunkturschwächen der Weltwirtschaft nicht entziehen. Dennoch: Im zweiten Quartal dieses Jahres wuchs der CEE-Raum stärker als die Eurozone. Die Experten vom IWF rechnen auch mittelfristig mit einer dynamischeren Entwicklung.

Die Verschlechterung der ökonomischen Großwetterlage führt auch zu leicht revidierten Prognosen für das BIP-Wachstum in den CEE-Ländern. Aber während die Eurozone im laufenden Jahr ein durchschnittliches Minus von 0,2 Prozent in der Wirtschaftsleistung erwarten muss, liegen die Einschätzungen für die CEE-Region – mit Ausnahme der Tschechischen Republik – allesamt im Plus.

Die Entwicklung Tschechiens leidet derzeit unter Maßnahmen der Fiskalkonsolidierung und schwächeren Exporten, die wiederum auf gedämpfte Nachfrage in einigen westeuropäischen Ländern zurückzuführen sind. Die aktuellen Prognosen gehen daher von 0,8 Prozent Minus bei der Wirtschaftsleistung im heurigen Jahr aus.

Die Slowakei darf hingegen mit einem BIP-Wachstum von 2 Prozent rechnen. Dies ist zwar einer Abschwächung der Dynamik gegenüber den Vorjahren, doch erweist sich die Struktur der Slowakischen Exportindustrie vorerst als recht robust. Die Ausfuhren sind weiterhin der entscheidende Konjunkturmotor.

Mittelfristige IWF-Prognose durchaus ermutigend

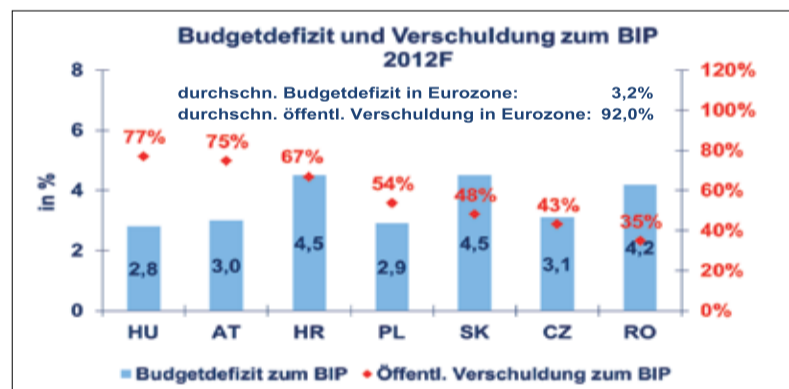
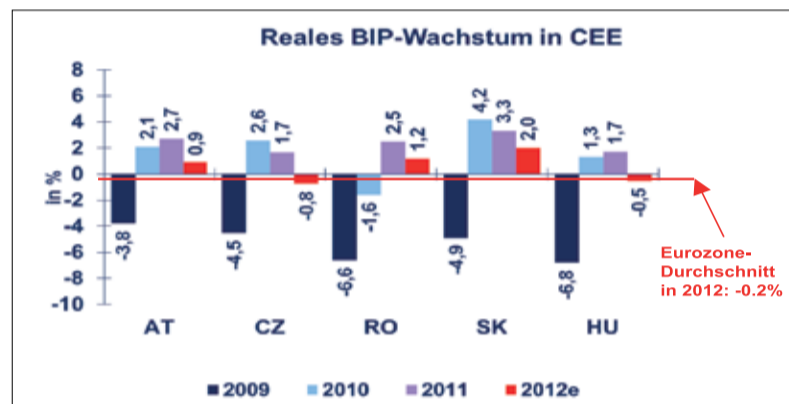
In Rumänien werden umfassende Investitionen in die Infrastruktur die Konjunktur stützen, dennoch wird der ökonomische Stabilisierungsprozess noch einige Zeit brau-

chen. Im laufenden Jahr dürfte Rumänien ein BIP-Wachstum von 1,2 Prozent real erzielen.

In Ungarn schwächelt das gesamte wirtschaftliche Umfeld noch, mit einem Minus von 0,5 Prozent bei der diesjährigen Wirtschaftsleistung muss gerechnet werden. Die mittelfristigen Prognosen zeigen, dass der CEE-Raum eine Wachstumsregion bleibt. Der Internationale Währungsfonds geht davon aus, dass CEE in den Jahren 2013 bis 2017 kumulativ um 17

Prozent wachsen wird, während die Eurozone in diesem Zeitraum beim BIP nur um 7 Prozent zulegen wird.

Dieser Wachstumsoptimismus basiert auf zwei wichtigen Fundamentaldaten: Zum einen ist die Staatsverschuldung in diesen Ländern – mit Ausnahme Ungarns – deutlich unter dem Niveau der meisten westlichen Industriestaaten. Darüber hinaus liegen die Lohnstückkosten im CEE-Raum weiterhin deutlich unter jenen in der Eurozone. -iüh-



„Das beste Haus“ wird wieder gesucht

Das Einfamilienhaus gilt nach wie vor als die beliebteste Wohnform in Österreich. Es steht für Unabhängigkeit beim Wohnen und größtmögliche Gestaltungs- und Entfaltungsfreiheit beim Bauen. Zum nunmehr fünften Mal wird der Architekturpreis „Das beste Haus“ Österreichs gesucht. Ausgeschrieben wird der Wettbewerb von der Sparkasse in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur, dem Architekturzentrum Wien und unter Mitarbeit der regionalen Architekturinstitutionen Österreichs.

„Mit der Initiative ‚Das beste Haus‘ ist es gelungen, die Öffentlichkeit für das Thema Einfamilienhaus als Form zeitgenössischer Alltagsarchitektur zu sensibilisieren“, unterstreicht Bun-



Ein Beispiel von vielen: das burgenländische Siegerhaus des letzten Wettbewerbs

desministerin Claudia Schmied die Bedeutung der Initiative.

Obwohl oder gerade weil das Einfamilienhaus eine verhältnismäßig kleine Bauaufgabe ist, bietet es oft für junge Architekten die erste Ge-

legenheit, einen Bau zu realisieren. In diesem Sinne soll mit „Das beste Haus. Architekturpreis 2013“ auch wieder junge, engagierte Architektur gefördert werden. Nähere Infos:

www.dasbestehaus.at -red-



AUSBLICK

Christine Domforth

Ohne Reformen droht Altersarmut

Späterer Pensionsantritt ist unvermeidbar

Ein Gespenst geht um – die Altersarmut. Die droht nicht nur den Griechen, sondern laut Arbeitsministerin Ursula von der Leyen auch deutschen Durchschnittsverdienern. Gehen sie ab 2030 nach 35 Arbeitsjahren in Pension, erwartet sie eine monatlichen Rente von nur 688 Euro. Mit diesem schockierenden Rechenbeispiel löste von der Leyen eine hitzige Debatte über das Rentensystem und die Millionen von Bundesbürgern drohende Armutsfalle aus. Dass in unserem Nachbarland demnächst die Pensionsbeiträge gesenkt werden, anstatt in der Rentenversicherung Reserven für die Zukunft anzulegen, beweist, dass auch dort das Schielen auf Wählergruppen oft wichtiger ist als die wirtschaftliche Vernunft.

In Österreich spricht noch kaum jemand über Altersarmut, weil man sich hierzulande beim Pensionsthema seit Jahrzehnten schönen Illusionen hingibt und alle Warnungen von OECD, Weltbank, EU & Co. in den Wind schlägt. Doch die demografische Entwicklung, das magere Wirtschaftswachstum und die drückende Staatsverschuldung werden auch uns zurück auf den Boden der Realität und damit zu Reformen zwingen. Immerhin sind wir das Land mit den dritthöchsten Pensionsausgaben weltweit. Damit die heute noch erwerbstätigen Menschen nicht den Gang zum Sozialamt antreten müssen, sondern ihren Lebensstandard im Alter halbwegs halten können, muss an mehreren Schrauben gedreht werden – und zwar möglichst bald und ohne die Generationen gegeneinander auszuspielen.

Es muss ja nicht gleich 75 sein Da wir glücklicherweise immer länger leben, wird es ohne Anhebung des Pensionsantrittsalters nicht gehen. Man muss ja nicht gleich so weit gehen wie in Schwe-

den, wo Premier Reinfeldt seine Landsleute bis 75 arbeiten lassen will. Bis 65 oder 67 würden schon reichen. Das wäre gegenüber dem Status quo – derzeit gehen die Österreicher im Schnitt mit 58 in Pension, die sie dann ein Vierteljahrhundert genießen – schon eine gewaltige Entlastung. Immerhin bringt jeder Monat mehr, den die Menschen arbeiten, dem Pensionssystem 100 Millionen Euro. International ist mittlerweile ein einheitliches Pensionsalter für Männer und Frauen üblich. Das sollte auch Österreich schnell durchziehen und nicht wie derzeit geplant bis 2034 warten. Das brächte dem Staat mehr Geld und den Frauen mittelfristige höhere Pensionen. Denkbar wäre auch mehr Flexibilität beim Pensionsantritt mit entsprechenden Zu- und Abschlägen.

Neustart bei der Zukunftsvorsorge Vor allem aber wird die private Vorsorge künftig einen noch höheren Stellenwert bekommen müssen. Nicht nur die Wahrheit – wie Ingeborg Bachmann meint – sondern auch ein gewisses Maß an Eigenverantwortung ist den Menschen zumutbar. Dass heuer die Förderung der Zukunftsvorsorge halbiert wurde, war deshalb das völlig falsche Signal. Die als „eierlegende Wollmilchsau“ konzipierte Zukunftsvorsorge hat zwar gravierende Konstruktionsmängel. Die kann man aber reparieren oder ein neues Produkt auf die Beine stellen. Und dafür sollte der Staat trotz aller Budgetnöte sehr wohl Mittel locker machen, um die Bürger für mehr Eigenvorsorge zu motivieren. Für die ÖVP, an deren Wirtschaftskompetenz mittlerweile sogar in der Wolle gefärbte Anhänger gelegentlich leise zweifeln, wäre das ein mehr als lohnendes Thema für das künftige Wahlprogramm & allfällige Koalitionsverhandlungen.

Christine Domforth ist freie Journalistin in Wien.

EPU: Meist aus Leidenschaft, oft auch aus Sachzwang

Sie dominieren mittlerweile alle Statistiken zur Betriebsgrößenverteilung: Die Ein-Personen-Unternehmen (EPU) sind in Österreich signifikant im Vormarsch. Gerade für die Sparkassen eine wichtiger werdende Kundengruppe, denn sie sind primär regional tätig. Die KMU Forschung Austria ist den Motiven, Zielen und Befindlichkeiten der EPU auf den Grund gegangen.

Innerhalb der gewerblichen Wirtschaft sind mittlerweile mehr als die Hälfte der Mitglieder der WKÖ den Ein-Personen-Unternehmen zuzurechnen, wobei der Anteil insbesondere in den Sparten Information und Consulting sowie Gewerbe und Handwerk überdurchschnittlich hoch ist. Ihre Zahl liegt bei rund 240.000.

„ 10 Prozent stellen einen zusätzlichen Mitarbeiter ein. “

Mehr als drei Viertel der Einzelunternehmer (78 Prozent) in Österreich übten im Jahr 2011 ihre Selbstständigkeit hauptberuflich aus, der Großteil im Vollzeitmaß (63 Prozent) und etwa 15 Prozent in Teilzeit.

Mehr als ein Fünftel der EPU gehen ihrer selbständigen Tätigkeit nebenberuflich nach, in erster Linie zusätzlich zu einer unselbständigen Beschäftigung. Der Anteil der in Vollzeit hauptberuflich Tätigen ist unter den männlichen Befragten und in der Altersgruppe der 20- bis 29-Jährigen sowie der 40- bis 49-Jährigen am höchsten. Der Anteil der in Teilzeit hauptberuflich Tätigen hingegen ist bei den weiblichen Befragten und in der Altersgruppe der über 50-Jährigen überdurchschnittlich hoch.

Fast die Hälfte der Unternehmer im Alleingang (47 Prozent) und insbesondere jene, die ihrer Tätigkeit in Teilzeit nachgehen, arbeiten von zu Hause aus, ein Drittel hat sich dafür eigens ein vom Privatraum abgeschlossenes Arbeitszimmer eingerichtet.

Überraschend viel Branchenerfahrung

Die Mehrheit der befragten EPU ist bereits seit mehreren Jahren selbstständig tätig und verfügt über einen ausgeprägten Erfahrungshintergrund.

Zum Zeitpunkt der Unternehmensgründung hatten die Befragten im Durchschnitt bereits 15,2 Jahre Berufserfahrung und beachtliche 8,8 Jahre Branchenerfahrung. Der Unterschied an Jahren zwischen Berufs- und Branchenerfahrung weist darauf hin, dass ein Teil der Einzelunternehmer die Selbstständigkeit als Möglichkeit zum Berufswechsel wahrgenommen hat.

Bezüglich der Motivlage der Betroffenen ist eine Polarisierung der Hauptgründungsmotive Selbstverwirklichung versus Notwendigkeit zu beobachten.

Auf der einen Seite steigt – verglichen mit 2007 – der Anteil der EPU (auf rund 73 Prozent), die aus Gründen der Selbstverwirklichung und der Erreichung flexibler Zeiteinteilung/Unabhängigkeit ihr Unternehmen gründen. Auf der anderen Seite wächst auch jener Anteil, wo die Unzufriedenheit mit dem ehemaligen Arbeitsplatz sowie der Mangel an Aufstiegsmöglich-

lichkeiten ausschlaggebend für den Weg in die Selbstständigkeit waren.

Ein-Personen-Unternehmen sind in allen Phasen des Unternehmenslebenszyklus vertreten. Ein Drittel der EPU befindet sich in der Wachstumsphase und fast die Hälfte in der Reifephase. Lediglich ein geringer Teil der EPU sind „Wendeunternehmen“ (Schrumpfungs- bzw. Unternehmen, die in absehbarer Zeit geschlossen werden).

Umsätze auf sehr unterschiedlichem Niveau

Etwa ein Fünftel aller befragten EPU erzielte im Jahr 2010 einen Jahresumsatz von weniger als 10.000 Euro. Bei einem Viertel der EPU (25 Prozent) machte der Umsatz 10.000 bis 30.000 Euro aus. Demgegenüber konnten immerhin 14 Prozent einen Jahresumsatz von mehr als 100.000 Euro erwirtschaften.

Bei den EPU, die nebenberuflich geführt werden, ist der Anteil der Unternehmen mit weniger als 10.000 Euro Umsatz am größten (51 Prozent). Bei den hauptberuflich in Teilzeit geführten EPU überwiegt die Umsatzgrößenklasse 10.000 bis 30.000 Euro (39 Prozent).

Im Hinblick auf mögliche Wachstumspläne wollen zwei Fünftel der befragten EPU ihre Geschäftstätigkeit nicht erweitern. Diese EPU wollen in erster Linie so weitermachen wie bisher. Mehr als ein Drittel der Antwortenden wollen mittelfristig (in den nächsten drei bis fünf Jahren) Mitarbeiter einstellen.

Im Vergleich zur Studie aus dem

Jahr 2009 ist die generelle Bereitschaft zur Aufnahme von Mitarbeitern im Jahr 2011 weitaus geringer. Dies kann auf die angespannte wirtschaftliche Lage der letzten Jahre zurückzuführen sein. Der Anteil der EPU jedoch, die definitiv die Aufnahme eines Mitarbeiters geplant haben, liegt wie im Jahr 2009 bei rund 10 Prozent. Dies deutet

„ Einzelunternehmer haben die stärkste Kundenverankerung in Gemeinde und Region. “

darauf hin, dass tendenziell etwa ein Zehntel der EPU Beschäftigungseffekte generieren.

In erster Linie bedienen EPU regionale bzw. lokale Märkte. Knapp die Hälfte der Kunden ist in der Region des Standorts der EPU angesiedelt, bei einem Fünftel sind sie sogar überwiegend aus demselben Ort bzw. derselben Stadt, insbesondere wenn die Kunden Privatpersonen sind. Ein Viertel der EPU hat Kunden aus ganz Österreich. Bei einem Zehntel der EPU stammt der Kundenkreis aus dem Ausland, insbesondere bei den EPU im Handel, im Tourismus und in der Freizeitwirt-

schaft. Die überwiegende Mehrheit der EPU (92 Prozent) bekommt ihre Aufträge aufgrund von Weiterempfehlungen bzw. wird direkt von den Kunden kontaktiert (89 Prozent). Mehr als die Hälfte der EPU akquirieren ebenfalls Aufträge direkt beim Kunden.

Qualifikation ist der entscheidende Faktor

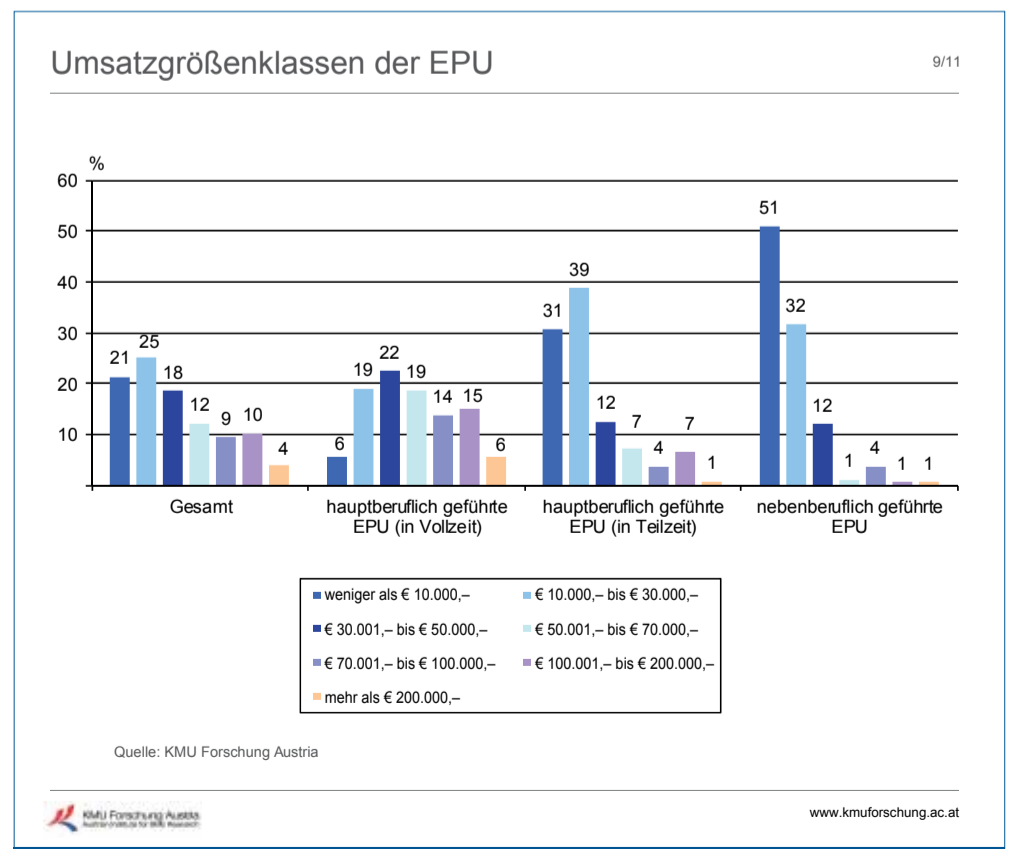
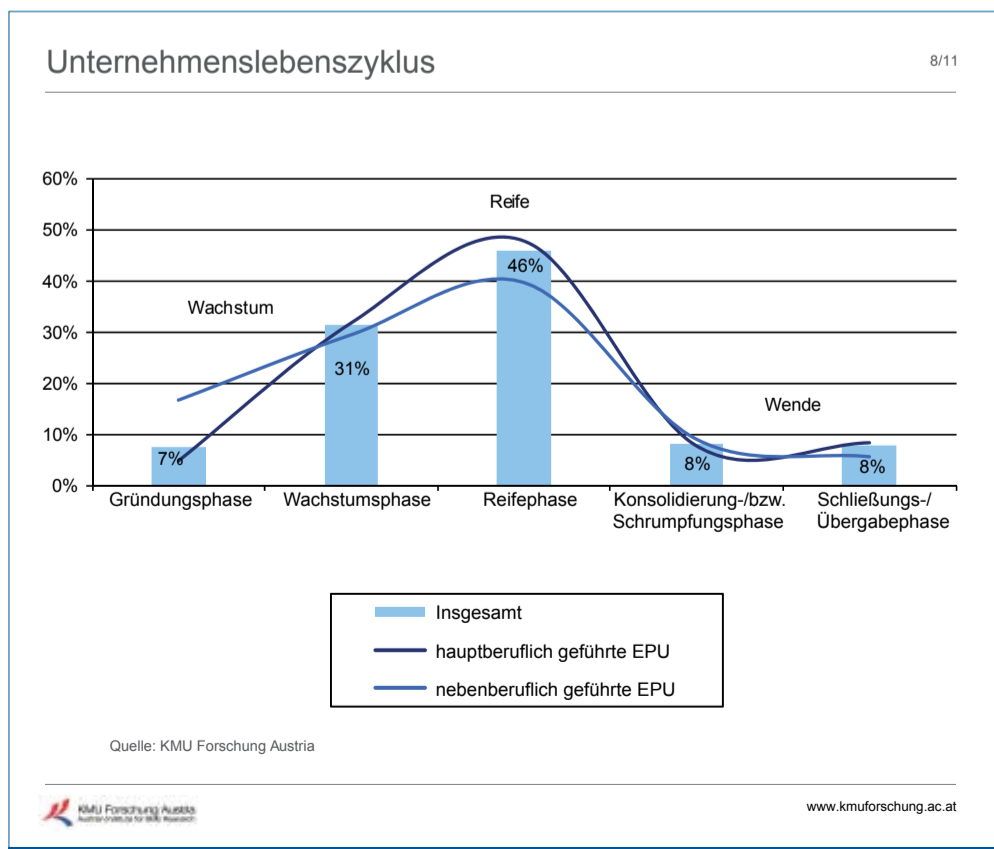
Die EPU haben generell ein sehr hohes Ausbildungsniveau.

In Bezug auf die Selbsteinschätzung ihrer Kenntnisse bewerten die Befragten ihre fachlichen/technischen/handwerklichen Kenntnisse und Kompetenzen am höchsten. Mehr als zwei Drittel qualifizieren weiters ihre EDV-Kenntnisse und ihre Kenntnisse im Bereich Management/Führung/Organisation mit (sehr) gut.

Die Alleinunternehmer sind im Bereich der Weiterbildung sehr aktiv: Gut vier Fünftel bilden sich regelmäßig weiter, wobei der Weiterbildungsbegriff in diesem Zusammenhang breit verstanden wurde (z. B. auch der Besuch von Veranstaltungen, Ausstellungen bzw. Fachmessen, aber auch das Selbststudium von berufsbezogener Literatur, Internet bzw. Fachzeitschriften inkludiert sind). Fachlich-technische Themen dominieren die Weiterbildungsaktivitäten der österreichischen EPU.

Eine dynamische Unternehmergruppe mit viel Pioniergeist.

-üh-



Wettbewerbsfähigkeit: Österreich holt auf

Eine aktuelle Studie belegt die gute internationale Wettbewerbsfähigkeit der Alpenrepublik. Bremseffekte vor allem bei der Steuerquote oder der Staatsverschuldung sind aber dennoch in Kauf zu nehmen. Die Schuldenkrise sorgt für die Vergrößerung der Kluft zwischen den EU-Staaten.

Der Wirtschaftsstandort Österreich hat Grund zur Freude. Das Wettbewerbsranking des World Economic Forum listet das Land auf Platz 16 und verbessert dessen Position somit um drei Plätze im Vergleich zum Vorjahr. Punkten konnte Österreich vor allem bei geringer Kriminalität, guter Infrastruktur sowie der Kategorie Bildung und Weiterbildung. Bei der innerbetrieblichen Weiterbildung schafft es Österreich sogar auf Platz drei. Aufholbedarf gibt es aber dennoch – vor allem bei der zu hohen Steuerquote, der

zu hohen Staatsverschuldung und dem Mangel an Flexibilität in der Lohngestaltung. Die weltweit beste Wettbewerbsfähigkeit wurde zum

„Wettbewerbs-schere zwischen Nord- und Südeuropa“

vierten Mal in der Folge der Schweiz bescheinigt, gefolgt von Singapur und Finnland.

Süden Europas hinkt hinterher

Als bedenklich sehen die Experten die ständig wachsende Kluft zwischen den Ländern Süd- und Nordeuropas. Denn während die Staaten Nordeuropas auch während der Wirtschaftskrise ihren Status in puncto Wettbewerbsfähigkeit halten konnten, rutschten die Länder Südeuropas in der Rangliste ab und belegen teilweise nur noch die hintersten Ränge. Allen voran Griechenland, das gerade einmal Platz 96 geschafft hat. Damit liegen die Griechen zwischen Serbien und Jamaika. Aber auch Portugal (Rang 49), Spanien (Rang 36) und Italien (Rang 42) konnten sich beim heurigen Ranking nicht behaupten.

Der Vorstandsvorsitzende des World Economic Forum, Klaus Schwab, sieht darin eine ernste Gefahr: „Die wachsende Kluft in der Wettbewerbsfähigkeit innerhalb Europas ist der Grund für die aktuellen Turbulenzen, die unseren zukünftigen Wohlstand gefährden.“ Er fordert daher die Regierungen zu entschlossenem Handeln und zu langfristigen Maßnahmen zur Wettbewerbsförderung auf.

USA verlieren weiter

Für die USA hat vor vier Jahren eine Abwärtsspirale begonnen, die auch heuer kein Ende nimmt. Lagen die Vereinigten Staaten von Amerika vor fünf Jahren noch an erster Stelle, so schafften sie es die-

EUROPA

Europäisches Parlament stimmt für Recht auf Konto

Im Juli sprach sich das EU-Parlament für die Einführung eines Rechts auf ein Basiskonto aus und forderte die Kommission auf, in den nächsten Monaten einen entsprechenden Gesetzesvorschlag vorzulegen. Laut Parlament soll ein Basiskonto alle herkömmlichen Kontofunktionen mit Ausnahme der Überziehungsmöglichkeit beinhalten und zu angemessenen Entgelten von allen Banken angeboten werden. Den Mitgliedstaaten soll es aber überlassen bleiben, einige wenige Institute, die z. B. keine Ertragsziele verfolgen, etwa die Zweite Sparkasse, von dieser Verpflichtung auszunehmen. Die Kommission beabsichtigt, im kommenden Winter einen entsprechenden Vorschlag zu präsentieren.



Die Zweite Sparkasse bietet schon jetzt ein Basiskonto ohne Überziehungsrahmen.

ses Jahr nur noch auf Platz sieben. Erstmals konnte Deutschland die USA bezüglich Wettbewerbsfähigkeit überholen. Im Vorjahr landeten die US-Amerikaner immerhin noch auf Platz fünf. Das Weltwirtschaftsforum untersucht für diesen Vergleich zahlreiche Indikatoren von insgesamt 144 Ländern. Das Kriterienspek-

trum reicht von der Infrastruktur über das Gesundheits- und Bildungssystem bis hin zur Kriminalität. Die Wettbewerbsfähigkeit wird dabei als Summe jener Faktoren verstanden, die das Produktionsniveau und damit den Lebensstandard sowie das Wirtschaftswachstum eines Landes beeinflussen. -afe-

GCI 2012 – 2013				
Country/Economy	Rank/144	Score (1–7)	Rank among GCI 2011–2012 sample	GCI 2011–2012 rank
Switzerland	1	5.72	1	1
Singapore	2	5.67	2	2
Finland	3	5.55	3	4
Sweden	4	5.53	4	3
Netherlands	5	5.50	5	7
Germany	6	5.48	6	6
United States	7	5.47	7	5
United Kingdom	8	5.45	8	10
Hong Kong SAR	9	5.41	9	11
Japan	10	5.40	10	9
Qatar	11	5.38	11	14
Denmark	12	5.29	12	8
Taiwan, China	13	5.28	13	13
Canada	14	5.27	14	12
Norway	15	5.27	15	16
Austria	16	5.22	16	19
Belgium	17	5.21	17	15
Saudi Arabia	18	5.19	18	17
Korea, Rep.	19	5.12	19	24
Australia	20	5.12	20	20

EU-Wirtschaft auf Rezessionskurs

Die Wirtschaftsleistung im Euroraum schrumpfte im zweiten Quartal 2012 stärker als erwartet. Bei zwei Minus-Quartalen sprechen Ökonomen bereits von einer Rezession.

Im Vergleich zum Vorquartal fiel das BIP im zweiten Quartal 2012 im Euroraum um 0,2 Prozent und in der EU27 um 0,1 Prozent. Dies geht aus Schätzungen hervor, die von Eurostat, dem statistischen Amt der Europäischen Union, veröffentlicht wurden. Im ersten Quartal 2012 lagen die entsprechenden Wachstumsraten in beiden Gebieten bei 0,0 Prozent, Ende 2011 waren sie um 0,3 Prozent zurückgegangen. Im Vergleich zum zweiten Quartal 2011 fiel das saisonbereinigte BIP im Euroraum um 0,5 Prozent und in der EU27 um 0,3 Prozent nach 0,0 Prozent bzw. +0,1 Prozent im Vorquartal. Gegenüber dem zweiten Quartal 2011 sank die gesamte Wirtschaftsleistung im Euroraum um 0,4 Pro-

zent und in der EU 27 um 0,2 Prozent. Auch die Konsumausgaben der privaten Haushalte sanken sowohl im Euroraum als auch in der EU27 um 0,2 Prozent (nach -0,2 Prozent bzw. -0,1 Prozent im Vorquartal). Gute Nachrichten gibt es hingegen beim Export. Die Ausfuhren stiegen im Euroraum um 1,3 Prozent und in der EU27 um 1,0 Prozent (nach +0,7 Prozent bzw. +0,5 Prozent). Die Einfuhren nahmen in beiden Gebieten um 0,9 Prozent zu (nach -0,2 Prozent).

Die EU-Kommission geht davon aus, dass die Wirtschaft der Eurozone in diesem Jahr um 0,3 Prozent schrumpfen wird. Für 2013 traut sie ihr wieder ein Wachstum von 1,0 Prozent zu.



Das Berlaymont-Gebäude der EU-Kommission in Brüssel. Die Rezessionsgefahr ist für 2012 akut.

Auch stabile Länder betroffen

Die Kluft zwischen den einzelnen europäischen Ländern ist jedoch groß. Während Deutschland sich dem Abwärtstrend mit einem Plus von 0,3 Prozent ebenso wie Österreich (+0,2 Prozent) entziehen konnte, stagnierte das BIP in Frankreich.

In Portugal brach die Wirtschaftsleistung um 1,2 Prozent ein, in Italien um 0,7 Prozent und in Spanien um 0,4 Prozent. Und die Aussichten sind auch für die stabilen Länder nicht rosig. Für das zweite Halbjahr sagt die OECD selbst Deutschland eine Rezession voraus. Die Wirt-

schaft dürfte im dritten Quartal – auf das Jahr hochgerechnet – um 0,5 Prozent schrumpfen und im vierten Quartal um 0,8 Prozent.

USA und Japan wachsen

Ein anderes Bild findet sich in den Industrienationen USA und Japan. In den Vereinigten Staaten wuchs das BIP im zweiten Quartal 2012 um 0,4 Prozent nach +0,5 Prozent im ersten Quartal 2012. In Japan stieg das BIP im zweiten Quartal 2012 um 0,3 Prozent nach +1,3 Prozent im Vorquartal. Im Vergleich zum zweiten Quartal 2011 ist das BIP der Vereinigten Staaten um 2,3 Prozent (nach +2,4 Prozent im Vorquartal) und das Japans um 3,6 Prozent (nach +2,8 Prozent) gestiegen.

„Die Bahn wäre doch nur der Anfang“

Der Vizekanzler hat im Sommer dem Industriellen Frank Stronach den konkreten Vorschlag gemacht, die Österreichischen Bundesbahnen zu kaufen. Also geht wieder etwas weiter mit der seit Jahren auf Eis liegenden Privatisierung in Österreich? Achterbahn sprach darüber mit dem international renommierten Experten für unkonventionelle Mergers & Acquisitions, dem in Österreich gebürtigen CEO des global tätigen Beratungsunternehmens McCashy, Arthur D. Greifsbald.



Unter dem Seitentitel „Achterbahn“ wollen wir einen Schuss Humor, einen halbernst-satirischen Blick auf Aktuelles und eine zusätzliche Portion pointierter Meinung ins hochseriöse Redaktionsprogramm rühren. Zum thematischen Schaukeln und gelegentlichen Verschaukeln. Sparefroh ist jedenfalls angeschnallt. Hier kann er zeigen, dass er auch Humor hat.



Die Idee, Frank Stronach die ÖBB zu verkaufen, sorgt für Diskussionen.

Achterbahn: Sie kennen internationale Konzernübernahmen von Großunternehmen wie Ihre Westentasche. Wäre aus Ihrer Sicht der Verkauf der ÖBB überhaupt denkbar?

Greifsbald: Wenn sich jemand findet, der Betriebsräte gern mag und frohen Herzens die Mitarbeiter mit durchschnittlich 55 Jahren per Handschlag in die Pension verabschiedet, durchaus.

In Österreich ist die Privatisierung von Unternehmensanteilen der Gebietskörperschaften seit einigen Jahren praktisch zum Stillstand gekommen. Sollte man sie wieder aufnehmen?

Das Land braucht diesbezüglich wesentlich mehr Phantasie als bisher. Ich würde Frank Stronach vorerst einige Steirische Nebenbahnen verkaufen und dann sehen, wie es weitergehen kann. Die Bahn wäre aus meiner Sicht nur der Anfang.

Was böte sich denn sonst noch an?

Über die ASFINAG könnte man mit Richard Lugner reden. Er versteht etwas vom Bau, könnte entlang der Autobahnen Maut-Märkte errichten und würde sicherlich allen Autofahrern, die nachweislich in der Lugner-City einkaufen, einen Picklerl-Rabatt einräumen.

Sehen Sie auch auf kommunaler Ebene Ansatzpunkte?

Selbstverständlich, beispielsweise bei den Wiener Linien. Die sind jetzt völlig überrascht, dass sich seit der Tarifreform 70.000 Menschen eine zusätzliche Jahreskarte gekauft haben. Das führt zu Engpässen in der Kapazität. Was tut in einem solchen Fall die öffentliche Hand? Sie baut Sitzplätze aus den Waggons aus, damit mehr Menschen stehen können. Es droht eine Bestimmung, dass Pensionisten erst nach 9 Uhr früh einsteigen dürfen. Eine typische Politikerlösung.

Und wie wäre die ihre?

Die marktwirtschaftliche Antwort wäre Frequenzverdichtung. Aber das kann sich Wien derzeit offensichtlich nicht leisten, weil das Geld für die Sanierung des Stadthallenbades und die Neuaufnahme von Überwachungspersonal für die neuen Parkpickerl-Bezirke gebraucht wird. Also könnte doch jede zweite Garnitur von einem Privaten geführt werden.

Wie soll das funktionieren?

Der Fahrgast kann entscheiden, ob er in eine von Sitzplätzen entkernte Straßenbahn einsteigt, oder auf die Komfortlinie von Billa, Spar oder Zielpunkt wartet. Das sagt doch der Hausverstand, oder?

Sehen Sie weitere Möglichkeiten bei der Infrastruktur?

Aber ja, dem Private-Public-Partnership sind doch kaum Grenzen gesetzt. Vor dem Pfänder-Tunnel in Bregenz gibt es gegenwärtig praktisch täglich Stau. Es gibt zwar eine zweite Tunnelröhre, aber die erste wird jetzt saniert. Wenn Sie die verkaufen und der Käufer die Sanierungsarbeiten nur in der Nacht durchführt, dann können Sie den Verkehrsfluss wesentlich verbessern.

Sie fordern da ja einen handfesten Paradigmenwechsel.

Ich plädiere für mehr Privatisierungsphantasie und Kooperationsgesinnung. Vermieten Sie die geplante dritte Piste auf dem Flughafen den Emirates, und Sie werden sich wundern, wie rasch dann der Protest in den Umlandgemeinden verstummt. Ermöglichen Sie einen privaten Schnellbus von Linz nach Graz, und Steinach-Irdning verschwindet aus dem öffentlichen Bewusstsein.

Gibt es auch Verkehrsproblem, die Private nicht lösen können?

Die Verlängerung der Wiener U6 in die südlichen Umlandgemeinden, etwa auch bis zur SCS. Das schafft keiner, dazu ist die Freundschaft zwischen dem Wiener Bürgermeister und dem Landeshauptmann von Niederösterreich einfach zu eng.

DAS LETZTE WORT

„Bei Ihnen passt eh alles ...?“

Zum Ende der Sommersaison sei es ausdrücklich gewürdigt: Die heimische Tourismuswirtschaft ist hingebungsvoll um den Gast bemüht. Wer als Inländer und Gast im eigenen Land unterwegs ist, der merkt, dass Wirte, Hoteliers und selbst alpine Trafikanten die Nächtigungszuwächse bei Inländern zu schätzen wissen. Man bekommt wieder überregionale Tageszeitungen zu kaufen, die Kasseler Rippchen sind praktisch von den Speisekarten verschwunden und der das Bauchfleisch jahrzehntelang verdrängt habende „Schweinebauch“ führt ein verzweifertes, weil hoffnungsloses Rückzugsgefecht. Beim Weißwein weiß man – ganz im Gegensatz zu früheren Jahren – zwischen dem Veltliner und dem Riesling penibel zu unterscheiden, und beim Roten gesellen sich zum ehemaligen Monopolisten Kalterer See vermehrt Kreszenzen aus Horitschon, Tattendorf oder Eisenberg. Nur die „Sahne“ zeigt sich hartnäckig im semantischen Überlebenskampf, muss aber mittlerweile zur Kenntnis nehmen, dass man selbst in Salzburger Tourismuszentren eine Sachertorte mit Schlagobers bestellen kann, ohne dass der Kellner indigniert nachfragt.

Die Stigmatisierung ostösterreichischer Kennzeichen auf dem Hotelparkplatz ist ebenso überwunden wie der jahrzehntelang registrierbare Willkommens-Reflex an der Rezeption, man komme doch sicher aus Deutschland ...

Offensive Freundlichkeit ist angesagt. Und das kann auch nervig werden. Ob beim Frühstück im Hotel, im Kaffeehaus, ob im uralten Dorfwirtshaus oder selbst in der Pizzeria – irgendwann kommt das Personal am Tisch vorbei und stellt mit an militärischen Drill gemahnender Konsequenz jene zum unverzichtbaren Standard erhobene Frage: „Bei Ihnen passt eh alles ...?“

Früher ist man frontal gefragt worden, ob noch ein Bier genehm sei. Sensible Kellner erkundigten sich einst, ob es denn geschmeckt habe, und versprachen, das Urteil in der Küche zu deponieren. Mit Verkaufsförderung vertraute Serviererinnen boten offensiv eine Nachspeise oder einen „Obstler für die Verdauung“ an. Alle diese konkreten Recherchen wurden offensichtlich abgeschafft und von der zitierten Holdingformulierung abgelöst. Je öfter man danach gefragt wird, desto hohler klingt diese Phrase. Einziger Hoffnungsschimmer der Abwechslung: In hinteren Alpentälern wird das förmliche „Ihnen“ durch das alpin-burschikose „eng“ ersetzt. Kein Wunder, dass man sich darüber freut: variatio delectat. -üh-

ERLESEN – ERHEITERT – ERLITTEN

„Ich habe keine Angst vorm Bierzelt.“

Wolfgang Waldner (ÖVP), neuer Landesrat in Kärnten

„An der Börse sind zwei mal zwei nicht vier, sondern fünf minus eins – und man muss die Nerven haben, dieses minus eins auszuhalten“
Der ehemalige deutsche Finanzminister Peer Steinbrück

„Polizeieinsätze im großen Stil und eine Leiche im Hafengelände – immer wieder ist der Hafen Wien, ein Unternehmen der Wien Holding, Schauplatz für viel Action.“

Aus einer Jubelmeldung des Hafens über Dreharbeiten für „SOKO Donau“